

## Danziger



## Zeitung.

M 14846.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherbaggergasse Nr. 4, und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitschrift oder deren Raum 20 g. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Brüssel, 24. September. (B. L.) Der gestrige Abend verlief abermals unruhig. Mehrere Volkshäuser durchzogen lärmend und schreiend die Stadt und den Platz vor der Redaction des „Patriote“, wo sich der Karm fortsetzte. Inzwischen gelang es der Polizei, die Rührer zu zerstreuen. Gegen 11 Uhr concentrirte sich die Bewegung hauptsächlich auf dem Münzplatz. Hier schritt die Bürgergarde ein und führte den Platz, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen werden mußten.

## Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Wien, 23. Sept. Der Kaiser, der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin begaben sich heute früh 9 Uhr zu Wagen nach Rierberg und von da mittelst Extrazuges nach Deutsch-Wagram. Die Kaiserin begab sich um 10 Uhr nach dem Mandervelde. — Mit dem heutigen Morgen haben die Kaisermander am Rhein ihr Ende erreicht. — Um 4 Uhr fand das Diner bei den Majestäten statt, zu welchem die Spitzen der Civilbehörden eingeladen worden waren. Am 6. Sept. erfolgt die Abreise der Kaiserin nach München.

London, 23. Sept. Das englische Kanonenboot „Wasp“ ist gestern früh bei Torbay-Island gescheitert. Von der Mannschaft wurden nur sechs Mann gerettet. Man befürchtet, daß im Ganzen 50 Personen bei dem Unfall ums Leben gekommen sind. An Bord befanden sich auch 8 Marine-Commissarien; der Capitän und die Offiziere sind nicht unter den Geretteten.

Paris, 23. Sept. Gestern kamen in dem Parlament der Odyssenden 6 Cholerafälle vor.

Rom, 23. Sept. Cholerabericht. Es kamen vor: In Ascoli 1 Erkrankung und 1 Todesfall, in Bergamo 20 Erkrankungen und 15 Todesfälle, in Caserta 6 Erkrankungen und 2 Todesfälle, in Civitavecchia 1 Erkrankung und 1 Todesfall, in Cremona 8 Erkrankungen und 5 Todesfälle, in Cuneo 16 Erkrankungen und 6 Todesfälle, in Ferrara 3 Erkrankungen, in Genua 51 Erkrankungen und 12 Todesfälle, davon in Spezia 33 Erkrankungen und 7 Todesfälle, in Massa Carrara 1 Erkrankung, in Mailand 1 Erkrankung, in Modena 3 Erkrankungen und 2 Todesfälle, in Neapel 304 Erkrankungen und 169 Todesfälle, davon in der Stadt Neapel 251 Erkrankungen und 152 Todesfälle, in Parma 8 Erkrankungen und 4 Todesfälle, in Reggio nell' Emilia 4 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Rovigo 2 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Salerno 5 Erkrankungen und in der Stadt Rom 1 Erkrankung und 1 Todesfall.

Madrid, 23. Sept. In den inficirten Distrikten starben gestern 15 Personen an der Cholera, darunter eine in Barcelona.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 24. September.

Nach einer der „Weser-Ztg.“ aus Hannover ausgehenden Mittheilung hat der Minister des Innern die Behörden angewiesen, nachdrücklich darauf zu halten, daß die Bestimmung des Wahlreglements, wonach in der Regel jede selbstständige Gemeinde einen eigenen Wahlbezirk bilden soll, auch zur Ausführung gelange. Die Gefahr der Wahlbeeinflussung wird durch diese Anordnung vergrößert. Derselben wird nur durch die Ausbildung der lokalen Organisation der Parteigenossen entgegengewirkt werden können.

Die Taktik in der Bekämpfung der Wiederwahl der deutschfreisinnigen Abgeordneten seitens der ihnen am nächsten stehenden Partei hat der Reichstagsabgeordnete für den 1. hiesigen Wahlkreis Dr. Gutschke in einer sehr zahlreich besuchten Wählerversammlung in Siegen einer sehr lebhaften Kritik unterzogen. Herr Dr. Gutschke erwähnte, daß der nationalliberale Verein in Siegen im April (also nach der Fusion) durch einstimmigen Vorstandsbeschuß seine Wiederwahl gebilligt und trotzdem in den letzten Tagen beschloß, gegen ihn zu wirken. Er forderte dann die anwesenden Mitglieder des Vereins zur Erklärung auf, was seit April diesen Gesinnungswechsel veranlassen konnte. Nicht bloß die Abgeordneten, auch die Wähler haben Pflichten. Von den Männern, die ihn vor 3 Jahren auf den Schild erhoben hätten, verlange er, wenn sie ihn jetzt fallen lassen wollten, den Beweis, daß und in welcher Beziehung er seinem Programm untreu geworden sei. Bis zur Stunde habe ihm noch Niemand in dieser Richtung das Geringste vorzuerlegen vermocht. Gutschke sei es, daß ihm die Nationalliberalen seine Abkündigung gegen das Socialistengesetz vorwürfen, während diese Abkündigung doch von ihm programmäßig vorausgesetzt worden sei und der Vorstehende des nationalliberalen Vereins in der Versammlung vom 20. April d. J. ausdrücklich mit allen Ausführungen des Redners gegen das Socialistengesetz einverstanden erklärt habe. Herr Dr. Gutschke bekämpfte alsdann die Anschauung, als ob die deutschfreisinnige Partei ein willenloses Werkzeug in der Hand des Abg. Richter sei; der Verlauf der letzten Session habe das Gegentheil bewiesen. Wenn man nationalliberalertheits die neugebildete Partei sofort mit ihrer Entstehung so geschäftig bekämpft habe, so könne man völlig zu vergessen, daß ein gemeinsamer Feind, zu dessen Bekämpfung noch das nationalliberale Programm von 1881 aufforderte, vorhanden sei. Er bat dringend, die Gefahr, welche dem gesammten Liberalismus drohe, nicht zu mißachten und sich in letzter Stunde zu einem eintätigen Zusammengehen aller wirklich Liberalen aufzuraffen. — Die von Dr. Gutschke geforderte Erklärung erfolgte seitens der Nationalliberalen nicht. Der nationalliberale Orden bekämpfte die freisinnige Partei; sie habe bei dem Socialistengesetz bewiesen, daß sie „der einheitlichen Leitung entbehre“; der

ebenfalls nationalliberale Rechtsanwalt Dr. Dittmar behauptete, in der freisinnigen Partei „sei jeder Abgeordnete gegenüber dem Einflusse Richters machtlos“ — zwei Vorwürfe, die sich vollständig aufheben. Die Versammlung beschloß mit großer Majorität, für die Wiederwahl des Herrn Dr. Gutschke einzutreten.

In Thüringen ist der Wahlkampf an verschiedenen Punkten bereits auf das höchste entbrannt. Der Hauptsturm scheint sich in Weimaringen I. gegen Baumbach und in Gotha gegen Barth zu richten zu sollen. Im Gotha'schen Bereich der angeblich nationalliberalen Gegencandidat Dr. Köppler seit Wochen das Land, und seine Anhänger verbreiten zu seinen Gunsten Empfehlungen von hoher und höchster Stelle. Der Erfolg der letzteren wird übrigens durch das Auftreten des Kandidaten selbst, wie es scheint, paralysirt. Zur Charakterisirung der Sorte von Liberalismus, welche sich heute mit dem Heibelberger Programm deckt, mag es dienen, daß Herr Köppler sich nach und nach auf Interventionen öffentlich dahin erklärt hat: er werde dem Reichstagskanzler das Tabakmonopol nicht abschlagen, wenn derselbe darauf bestehe, — er sei für eine „mäßige“ Erhöhung der Getreidezölle — die Communalbesteuerung der Offiziere sei eine „sehr schwierige“ Frage; diese Besteuerung werde doch nur einen geringen Nutzen einbringen, da ja die meisten Offiziere arm seien. Endlich erklärte dieser liberale Mann auf die Frage, ob er für eine höhere Besteuerung des Branntweins unter gleichzeitiger Erlassung von Zöllen und Steuern auf Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs eintrete, daß er den Branntwein zwar höher besteuern wolle, aber dem gleichzeitigen Steuererlass nicht zustimmen könne. Verächtlich man schließlich, daß dieser „Heibelberger“ nur agrarische und conservativ-parteiliche Interessen im Herzogthum Gotha bezieht und sich der nachhaltigsten Unterstützung von Seiten des Gotha'schen Regierungsblatts erfreut, so hat man einen interessanten Typus der Heibelberger Richtung. Die Freisinnigen in Gotha sind übrigens nicht mäßig. Der Reichstagsabg. Dr. Barth hat am 19. ds. in Gotha, am 20. in Waltershausen, am 21. in Ohrdruf und am 22. in Kuhlha gesprochen und allenthalben begeisterten Beifall gesendet.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin ist auf den 12. November nach Malchin ausgeschrieben worden. Die landesherlichen Propositionen sind: Ordentliche und außerordentliche Contribution, Kosten der Justizverwaltung von Johanni 1885 ab und die weitere Geltung der Steuervereinbarung.

Als vor einigen Wochen gemeldet wurde, der Vorstand des Colonialvereins habe den Vorschlag des Vereins für deutsche Colonisation im Sinne einer Zusammenfassung der bestehenden Vereine ähnlicher Art abgelehnt, wurde von angeblich kompetenter Seite die Richtigkeit dieser Angabe bestritten mit dem Zusatz, daß die Verhandlungen fortbauerten, daß aber zu einer Entscheidung über den Vorschlag nur die General-Versammlung des Colonialvereins competent sei. Gleichwohl ist in Eisenach von dieser Angelegenheit nicht die Rede gewesen, anscheinend ein Beweis, daß man dort keine Neigung hatte, die Bestrebungen des Colonialvereins mit denjenigen der Herren Dr. Peters, Graf Behr-Bandelin u. s. w. zu identificiren.

In der letzten Sitzung des christlich-socialen Vereins hat Herr Stöcker einen Vortrag über die Colonialfrage gehalten, in dem vor der Auswanderung nach Westafrika gewarnt, dagegen Süd-Brazilien empfohlen wurde, obgleich dort die deutschen Ansiedlungen nicht unter dem Schutze des Reiches, sondern unter brasilianischer Hoheit stehen. Herr Stöcker meinte indessen, es liege sich vielleicht mit der brasilianischen Regierung Abmachungen treffen, auf Grund welcher die deutschen Colonien in Verbindung mit dem Reiches bleiben könnten. Herr Stöcker hat nur übersehen, daß die Regierung Verhandlungen dieser Art nicht wohl einleiten kann, solange die preussische, gegen die Auswanderung nach Brasilien gerichtete Verordnung nicht beseitigt ist. Petitionen in diesem Sinne sind dem Reichstage wiederholt zugegangen, die Petitionskommission hat indeß noch in der letzten Session ein Eingehen auf diese Petitionen abgelehnt, nachdem die Regierungskommissionen erklärt hatten, daß bezügliche Verhandlungen mit Brasilien im Gange seien. Anscheinend wünschte die Regierung die Aufhebung der Verordnung an Bedingungen zu knüpfen, welche den Reichthum der deutschen Einwanderer sicher stellen sollten. Für die brasilianische Regierung würde aber der Anlaß, auf solche Vereinbarungen einzugehen, wegfallen, wenn, wie der Herr Stöcker wünscht, die deutschen Niederlassungen eine gewisse politische Selbstständigkeit in Anspruch nehmen sollten.

Der von der Westküste von Afrika am 18. September in Liverpool angelommene Postdampfer „Calabar“ hat die Meldung überbracht, daß die Deutschen den an die Colonie der Goldküste grenzenden Hafen Bay Beach annektirt hätten. Ferner sei einer der Könige von Kamerun, weil er den Deutschen geflöhete, die Stadt zu annektiren, von den Eingeborenen gebunden und gefesselt worden. — Es scheint gar keinem Zweifel zu unterliegen, daß diese Meldungen nichts weiter sind als die Phantasiegebilde einiger deutschfeindlichen Engländer. Der Hafen Bay Beach, nahe westlich von dem deutschen Bageba, ist englisch und von einer deutschen Annexion kann daher gar keine Rede sein. Die Abhandlung einer der Könige von Kamerun ist schließlich, wenns hoch kommt, nur etwas Ähnliches wie die Insubordination, die dem deutschen Bevollmächtigten in Kamerun passirt sein sollte und die sich schließlich als eine harmlosest Art entpuppte. Den englischen Nachrichten über die Vorgänge in West-

afrika ist von jeher wenig zu trauen gewesen und man wird daher nicht fehl gehen, wenn man die Meldung des „Calabar“ in das Gebiet der Räubergeschichten verweist.

Der Bundesrath der Schweiz hat an die Cantone ein Kreisreiben betreffend die Nationalrathswahlen gerichtet und darin die Regierung ersucht, die nöthigen Verfügungen zu treffen für die Borneahme der Wahlen am 26. Oktober. Der Zusammentritt der Bundesversammlung ist auf den 8. December festgesetzt.

In Belgien werden sich am 19. Oktober die Liberalen und Clericalen noch einmal in einem Wahlkampf messen. In diesem Tage wird die Hälfte der Mitglieder der Gemeinderäthe im ganzen Lande neu gewählt. Wähler sind dabei alle, die mindestens 10 Francs jährlich an directen Steuern zahlen.

Von General Gordon laufen die günstigen Nachrichten immer zahlreicher ein. Der Mord von Dongala, freilich ein Mann von keineswegs unbegrenzter Zuverlässigkeit, hat nach Cairo telegraphirt, daß ein Bote Gordons im Ganzen 18 Depeschen überbracht habe. Nach allen soll der Stand der Dinge ein befriedigender, die Rebellen, die unter dem Emir Khanga am 24. Juli gegen Chartum vorrückten, in zwei Treffen gründlich geschlagen und die Belagerung aufgehoben sein. Der Shagah-Stamm sowie andere Stämme hätten ihre Unterwerfung angezeigt. In Sennar berichte vollkommene Sicherheit. Das ganze Shagah-Land sei ruhig. Sämtliche Chefs hätten sich freiwillig unterworfen, um Gnade gebeten und auf den Koran geschworen, daß sie nicht länger dem falschen Propheten folgen wollten. Dieses Versprechen hätten sie seitdem gehalten.

Sind nun diese Nachrichten auch noch keinesfalls über allen Zweifel erhaben, so haben sie doch, wie aus London berichtet wird, bereits Rückwirkungen auf die in Vorbereitung begriffene englische Expedition ausgeübt. So traf vorgestern im Kriegsministerium ein Telegramm von Lord Wolseley ein, in welchem der General empfiehlt, daß die 2 Bataillone Infanterie, welche Marschordern nach Malta hatten, um die nach Ägypten beorderten 2 Bataillone der dortigen Garnison abzulösen, sowie auch diese 2 Bataillone nicht abzusenden und überhaupt die Verückung anderer Truppentheile von England nach Ägypten vorläufig aufzuschieben. Wahrscheinlich dürfte die Expedition nicht die ihr anfänglich zugeachteten Dimensionen annehmen und sie wird wahrscheinlich in eine Art von „fliegender Colonie“ verwandelt werden.

Die „Morning Post“ dagegen widerpricht dem. Sie erzählt, daß im Hinblick auf die widersprechenden Nachrichten aus Chartum die Vorbereitungen für Verückungen für Ägypten nicht eingestellt werden sollen. — Sehr optimistisch urtheilt die „Daily News“, ein Gladstone nahestehendes Blatt, dem allerdings ein gewaltiger Stein vom Herzen fallen würde, wenn Gordons Lage sich plötzlich als eine ungefährtete herausstellte. Das Blatt erinnert daran, daß Mr. Gladstone und seine Kollegen stets behauptet hätten, daß Gordon in keiner Gefahr schwebte. Jetzt zeigt es sich, daß sie Recht hatten. General Gordon darf indeß nicht erwarten, daß englische Soldaten ihm helfen werden seine Mission zu überschreiten und den Sudan zurückzuerobern. Was durch moralische Unterstützung geschehen kann, die Ordnung im Sudan wiederherzustellen und friedliche Beziehungen zwischen demselben und Ägypten wiederherzustellen, wird von der Regierung gethan werden. Man wird ja sehen, ob sich die Voraussetzungen dieses Blattes bewahrheiten.

Die Annahme, daß der Protest Frankreichs gegen die ägyptische Finanzrevolution nicht vereinzelt bleiben werde, hat sich rasch bestätigt. Heute Morgen theilten wir schon telegraphisch mit, daß die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs insinuirten, sich dem Proteste Frankreichs anzuschließen. Der „Pol. Corr.“ zufolge hat nun auch Rußland gegen die eigenmächtige Abänderung des Liquidationsgesetzes Verwahrung eingelegt. Der Protest sei entweder bereits überreicht worden oder die Ueberreichung stünde unmittelbar bevor. Der Anschlag Italiens werde erwartet. Man darf in der That gespannt sein, wie sich Gladstone demgegenüber verhalten wird, um so mehr, als die englische Presse fortfährt, die jegliche Maßregel nur als das Vorbild einer noch bedeutsameren hinzustellen. So schreibt der „Observer“: „Wir brauchen kaum darauf aufmerksamen zu machen, daß eine Handlung, wie diese, von anderen von noch größerem Gewicht gefolgt sein muß. Denn die Infolenz Ägyptens ist nicht durch die bloße Aneignung der für den Tilgungsfond bestimmten Revenuen-Ueberschüsse beseitigt. Inzwischen wartet Europa mit Interesse, um zu sehen, welches der nächste Schritt der englischen Regierung sein wird, nachdem sie sich von ihrem eigenen Schreden über den Sprung in eine Politik unabhängiger Action erholt haben wird.“

Das Blatt trübt sich schließlich damit, „daß die protestirenden Mächte die Nothwendigkeit, welche eine so starke Maßregel unvermeidlich machte, völlig und ehrlich würdigen werden.“ Gewiß! Man wird aber auch die Brückung Europas zu würdigen wissen, die in diesem einseitigen, eigenmächtigen Vorgehen unmittelbar nach der gemeinschaftlichen Konferenz liegt.

Unterdessen weiß der „Bullionist“ über einen großartigen Plan zur Regelung der ägyptischen Finanzen zu berichten. Derselbe geht dahin, unter englischer Garantie 30 000 000 Lfr. zu 3 Proc. zu borgen. Mit 22 000 000 Lfr. sollen die Prioritäts-Obligationen, deren Sicherheit die Einkünfte der Eisenbahnen und Telegraphen bilden und die auch eine erste Hypothek auf die Einkünfte von Al-Randien, sowie auf die für den Dienst der unificirten Schuld besonders bei Seite gehaltenen Einnahmen bilden, eingelöst werden. Durch dieses

Arrangement könnte Ägypten eine Anleihe von 8 000 000 Lfr. aufnehmen, ohne die jährliche Bürde für die Aufrechterhaltung des Dienstes der Schuld zu erhöhen und sogar 200 000 Lfr. per annum an Zinsen ersparen. Die politischen Resultate würden allerdings das absolute Uebergewicht Großbritannien in Ägypten und ein wirkliches Protectorat in sich schließen.

Die Nachricht verschiedener Blätter, es seien 1000 Mann Truppen nach Madagaskar entsendet worden, entbehrt der „Agence Havas“ zufolge jeder Begründung.

## Deutschland.

Δ Berlin, 23. Sept. Die Etatsarbeiten sind bis zu den commissarischen Beratungen zwischen den Abgeordneten der einzelnen Ministerien gediehen; diese nehmen jedoch im Vergleich zu früheren Jahren einen ungemein langsamen Verlauf. Man sagt sich eben, daß einmal der Landtag erst Mitte Januar zusammentritt; andererseits will man auch die vollständige Genesung des Herrn v. Scholz abwarten, bis man die vereinbarten Vorschläge seiner Entscheidung unterbreitet.

Δ Berlin, 23. September. Der „Reichsbote“ meint, es sei ganz zweifellos, daß für die Ausweisung der Journalisten Rohut und Böhm noch andere Gründe vorliegen müßten, als ihre einfache Vorbefragung wegen Preßvergehen, denn wenn diese ein Grund für Ausweisungen wären, so müßten ziemlich alle Redacteure aus Berlin ausgewiesen werden, die conf. vativten so gut wie die liberalen. Es wäre allerdings zu wünschen, schließt der „Reichsbote“, daß die Polizei die wahren Gründe der Ausweisung bekannt machte, um der Agitation der liberalen Partei die Spitze abbrechen. Hoffentlich findet die Mahnung des hochconservativen Blattes Beachtung an maßgebenden Stellen. Aber was wird Herr Stöcker zu dieser Rundgebung seines Leibblattes sagen, Herr Stöcker, der neulich in einer Volksversammlung ausrief, er hätte nichts dagegen, wenn die ganze Redaction der „Berliner Zeitung“ ausgewiesen würde! Herr Stöcker scheint sehr sicher zu sein, daß seine journalistischen Freunde sich nicht „läßt machen“ werden.

\* Dem ultramontanen Münchener „Bayerischen Land“ hat der begeisterte Empfang, der unserm Kronprinzen leghin in Amberg — der Stadt, die kurz vorher die 31. Generalversammlung der „Katholischen Deutschlands“ beherbergt und Excellenz Windthorst zum Ehrenbürger ernannt hatte — bereitet worden ist, den Humor verdröben. Das Sigliche Blatt widmet den Ambergern folgende Worte: „Ja wirklich — Amberg stand bisher im Ruf, die dümmste Stadt des Königreichs zu sein, in diesen Tagen hat es gezeigt, daß es auch die charakterloseste ist, die immer auf zwei Asfeln tragen will, die Faust erbt, den Rod zu wechseln, und die Haut, wenn nöthig.“

\* Auger den Generalen v. Gottberg und von Wiggendorf (nicht v. Wigenhausen, wie telegraphisch gemeldet) ist auch der General-Lieutenant v. Schweinitz zum General der Infanterie und die General-Lieutenants v. Willisen (Commandant von Berlin) und Prinz Heinrich VII. von Reuß sind zu Generalen der Cavallerie befördert.

\* Dr. Rohut hat auf sein an den Minister des Innern gerichtetes Schreiben, in welchem er um Zurücknahme der Ausweisungsbefehle nachsucht, folgende Antwort erhalten: „Berlin, den 22. September 1884. Euer Wohlgebornen eröffne ich auf Ihre an den Minister des Innern gerichtete Vorstellung im Auftrage desselben, daß Ihrem Antrage auf Zurücknahme der gegen Sie verhängten Ausweisung nicht stattgegeben werden kann. Da Sie nach dem Gutachten des Geheimen Sanitätsraths Dr. Lewin reisefähig sind und das auch dadurch bestätigt wird, daß Sie in der letzten Zeit täglich mehrere Mal Ihre im 3. Stock hoch gelegene Wohnung verlassen und das 2. Stock hoch gelegene Redactionsbureau Kochstraße 23 aufsuchen konnten, so fordere ich Sie hiermit auf, Berlin und das preussische Staatsgebiet zu verlassen und spätestens morgen, den 23., Abends, abzureisen. Die dem Herrn Minister des Innern von Euer Wohlgebornen unter dem 20. d. M. überreichten Schriftstücke folgen einlegend zurück. Der Polizeipräsident. v. Madai.“

\* Sehr entschieden tritt die schützallnerische genannte Handelskammer für Oberfranken in ihrem letzten Jahresberichte für die Goldwährung ein. „Die gemeinliche Münze“, schreibt sie, „ist eine werthvolle wirtschaftliche Erschöpfung des neuen deutschen Reichs. Mit der Einführung der Goldwährung hat Deutschland einen glücklichen Griff gethan, sofern Gold die sichere und stabilste Basis einer Währung ist, was selbst die Anhänger der Silber- und Doppelwährung nicht bestreiten werden. Es fragt sich nur, ob wir auf die Dauer unser Gold dem Auslande gegenüber behaupten können. Die Frage läßt sich bejahen, wenn unsere wirtschaftliche Entwicklung sich für die Folge ebenso günstig gestaltet, wie sie seit einigen Jahren begonnen hat.“ „Die Silberentwertung“, heißt es am Schluß, „hat den Wunsch hervorgerufen nach einem internationalen Verträge, der darauf abzielt, kleinere Goldmünzen, als im Werthe von 20 Mk. — 20 Frs. — 1 Lfr. einzuführen und das Verhältniß zwischen Gold und Silber zu fixiren. Deutschland will hierzu nach den officiellen Erklärungen im Reichstage vom 11. Juni 1883 die Initiative nicht ergreifen und wir glauben, daß es damit wohl thut. Jede einseitige Concession Deutschlands zu Gunsten des Silbers würde von andern Ländern dazu benutzt werden, zu unserm Schaden Gold gegen Silber einzutauschen resp. uns Gold zu entziehen, und dadurch würde unsere Währung der realen Unterlage verlustig gehen, um die uns fast alle Nationen beneiden.“

\* Als conservativer Candidat für den Wahlkreis Liebenwerda-Torgau ist gestern, wie der



\* Dem „Westl. Merk.“ wird unterm 19. d. Mts. mitgetheilt: Zur Ergänzung der erwähnten Vorschriften sind, welche aus Anlaß der Reisen des Kaisers getroffen sind, kann ich noch Folgendes hinzuzufügen: Zur Sicherung des Ettrages, welcher gehern De. Majestät nach Schloß Benrath führte, waren Vorkehrungsmaßregeln getroffen, wie sie wohl früher nie gebraucht worden sind. An sämtlichen in Betracht kommenden Weichen waren während der Durchfahrt des Zuges außer den die Weichen bedienenden Weichenheisern noch Stations-Assistenten zur Veranlassung postirt. Ferner waren sämtliche Bahnübergänge, auch die nur für Fußgänger bestimmten, von Polizeibeamten oder Weichenwärtern bewacht.



Meteorologische Beobachtungen				
Sehr in Stunden	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.	
23	4	760,9	19,5	W., frisch, bewölkt.
24	8	763,6	12,5	W., frisch, bewölkt.
	12	764,7	14,8	W., frisch, bew., Regensch.

Beachtenswerthe Redaction der Zeitung, mit Einschluss der folgenden  
 folgenden bedeutenden Theile: G. Rüdner -- für alle lokalen und provin-  
 zialen Theile, die Gabelle und Schiffahrtsnachrichten; A. Klein -- für den  
 Jägerzettel; H. W. Rojewann; jammlich in Danks.



